

Fortwirkende Maßnahmen der Regierung Modrow

Diese Themenstellung enthält einen prognostischen Akzent, der zunächst grundsätzlich bedacht sein will. Prognosen – so hat der große dänische Physiker Niels Bohr gesagt – sind immer riskant, besonders dann und weil sie sich auf die Zukunft beziehen! Wieviel mehr gilt das für den Sozialwissenschaftler. Und wieviel mehr gilt es für den Sozialwissenschaftler, der von den Finalitäten respektive Gesetzmäßigkeiten von Geschichte nicht zu überzeugen ist, der vielmehr davon überzeugt ist, daß der Zusammenbruch der sowjet-sozialistischen Systeme gerade in diesem Irrglauben an eine Doktrin der Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsablaufes begründet ist. Sie sehen, ich möchte mich selber bewahren vor der Überzeugung, daß es leicht wäre, irgendetwas (absolut) Gesichertes über die zukünftige Wirkung auszusagen. Dennoch will ich es versuchen.

Das Thema enthält aber nicht nur prognostische Versuchungen und Gefährdungen. Es ist darin von „Maßnahmen“ die Rede, das soll heißen: von Anordnungen, Entscheidungen mit oder ohne Gesetzesform, von Vereinbarungen, von Verträgen verschiedenster Art, von Verordnungen etc., die beschlossen bzw. geschlossen worden sind. Als solche kommen in Betracht:

- a) Von der Regierung Modrow erlassene Rechtsakte, die über den 3. Oktober 1990 hinaus Gültigkeit behalten haben (z. B. Bestimmungen über die Zulassung von Rechtsanwälten, die Führung akademischer Titel etc.), das heißt, die durch den Einigungsvertrag explizit durch Aufführung in Anlage II des Vertrages übernommen worden oder auch implizit dadurch, daß sie nicht genannt wurden, bestätigt worden sind.
- b) Rechtsakte oder Verordnungen der Regierung Modrow, die zwar durch die Regierung de Maizière oder durch den Einigungsvertrag aufgehoben wurden, deren Rückabwicklung aber nicht oder kaum möglich bzw. noch im Gange ist (z. B. der noch im einzelnen von mir anzusprechende Freibrief zur Reinigung von Kaderakten, die Vernichtung von MfS-Unterlagen, Gesetze über Grundstücks- oder Firmenverkäufe, -vermögen).
- c) Allgemeine politische Maßnahmen und Strategien der Regierung Modrow, die den Verlauf des Umbruchs beeinflußt haben (z. B. das Vorziehen des Wahltermins mit immensen Folgen für die gesamte politische Landschaft in der DDR und damit auch über die DDR-Zeit hinaus, Einbindung

der Oppositionsgruppen, insbesondere der SPD, in die „Regierung der nationalen Verantwortung“).

Historiographisch gesehen ist es noch viel zu früh, endgültig Gesichertes sagen zu können.

Dennoch wollte ich dieser Kommission keine Absage geben, aus Gründen, die der Vorsitzende eben hier schon z.T. genannt hat. Ich wollte mir das nicht leisten, eben weil es nach meiner Überzeugung darum geht, der Wahrheit des Vergangenen auf jeder Stufe, also auch auf nur vorbereitender Stufe, auf der Spur zu bleiben, weil dies die Wahrheitsfähigkeit für die Zukunft sichert und die Voraussetzung dafür ist – das kann nicht nachhaltig genug auch zur Verteidigung der Arbeit dieser Kommission gegenüber manchem, der da anderes im Sinne hat, hervorgehoben werden. Dies ist eine immer und immer wieder von wissenschaftlicher Seite zu wiederholende Maxime, zumal nachdem der in Osteuropa und in Mitteleuropa erfahrene Sozialismus letztlich an seinem „Leben in der Lüge“ (Václav Havel) zugrunde gegangen ist. Das ist der letzte Grund. Der Wissenschaftler kann nicht durchgehen lassen, daß dies – dieses Nachfragen nach der Wahrheit – zu einer Frage des „ethischen Rigorismus“ deklariert und insoweit auch degradiert wird. Es ist vielmehr auch sehr pragmatisch eine Frage des besseren sozialen und ökonomischen Lebens, das mit der Wahrheit zu gewinnen ist. Und deshalb darf, wer sich dem Bemühen stellt, den rauchenden Colts hinter dem Qualm auf die Spur zu kommen, sich nicht verblüffen lassen damit, daß ihm „ethischer Rigorismus“ unterstellt wird. Es ist vielmehr darüber hinaus auch eine Frage der Politik, eine Frage der Zukunftsgestaltung.

Ich wollte dieser Kommission auch deshalb keine Absage erteilen, weil nach meiner Überzeugung die derzeitige Spurensicherung über das unmittelbar Vergangene Voraussetzung für die Ergiebigkeit der weiteren Historiographie ist. Das ist der Punkt, den Herr Eppelmann eben schon erwähnte. Außerdem, weil nach meiner Überzeugung die unmittelbar bevorstehenden wie die langfristigen politischen Probleme der Bundesrepublik Deutschland auf einigen der Maßnahmen der Regierung Modrow (wie im übrigen selbstverständlich auch der Regierung Kohl) fußen und weil schließlich die Politik gut daran tut, sich dieser „Maßnahmen“ zu vergewissern, um darauf reagieren zu können.

Insoweit weiß ich mich heute primär als Citoyen gefordert, der sich gezwungen sieht, vorab mit Nachdruck auf die grundsätzlichen Grenzen und Schwierigkeiten des Wissenschaftlers im Umgang mit dem Thema aufmerksam zu machen. Der Politiker muß auch dort noch entscheiden, wo der Wissenschaftler keine Gewißheit mehr haben kann. Zu den Pflichten des Wissenschaftlers gehört es gleichwohl und gerade deshalb, die seiner Analyse zugänglichen Fragen zu stellen. Um Fragen, um Hypothesen geht es mir heute im folgenden in allererster Linie.

Vorab sei des weiteren klargestellt: Ich werde hier nicht Modrow als *Person* zur